Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 30 Pfg., bei lokalen Anzeigen 25 Pfg. Reklamezeile 1.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 2.60 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 42 — Donnerstag, den 19. Februar 1920 — 48. Jahrgang

Preuß. Landesversammlung.

(Sitzung vom 18. Februar.)

Der Gesetzentwurf über steuerliche Vorrechte in eingemeindeten Ortsteilen steht zur ersten Beratung. Nach § 1 darf die zwischen der Hauptgemeinde und einem eingemeindeten Ortsteile am 1. 4. 14 oder am Tage der Eingemeindung vorhandene steuerliche Spannung nicht überschritten werden. Vertragliche Bestimmungen, die den eingemeindeten Ortsteilen weitergehende Vorrechte einräumen, werden aufgehoben. Das Gesetz soll rückwirkende Kraft ab 1. Oktober 1919 haben. — Ein Zentrumsantrag will ihm rückwirkende Kraft vom 1. April 1918 ab geben und die Anwendung des Gesetzes in das Ermessen der Gemeinden stellen. — Ein Regierungsvertreter erklärt sich gegen den Antrag. Die Vorlage geht nach kurzer Aussprache an den Gemeindeausschuß.

Es folgt die Beratung eines Antrages aller bürgerlichen Parteien, der die Wahlen zu den Elternbeiräten vorläufig aussetzen und die Erlasse über diese Beiräte dem verstärkten Unterrichtsausschuß zur Prüfung überweisen will. Ein Regierungsvertreter bittet, dem Minister Freiheit zu lassen, den Erlaß durchzuführen. Es handle sich um einen ersten Versuch. Soweit es notwendig ist, wird der Minister den Erlaß ändern. — Abg. Linz (D.-Ntl.): Der Einrichtung von Elternbeiräten stehen wir an sich durchaus sympathisch gegenüber. Wir sehen darin aber nur eine Abschlagszahlung, unser Ideal ist die große Schulgemeinde. Wir wollen auch nicht, daß die Elternbeiräte etwa im Sinne der Unabhängigen Gesinnungsschnüffelei an den Lehrern ausüben. Der Minister sollte daher die Durchführung des Erlasses bis zur endgültigen Regelung der ganzen Schulfrage hinausschieben. — Ministerialdirektor Jahnke: Es handelt sich nicht um parteipolitische Gründe, sondern um Schulfragen, nur mit diesen sollen die Elternbeiräte befaßt werden. Die Wahlen können schon jetzt überall hinausgeschoben werden, wo es wünschenswert ist. — Abg. Bölitz (D. V.): Es ist sehr wertvoll, daß künftig viele Fragen, die bisher im Lehrerkollegium beraten wurden, in Gemeinschaft mit den Eltern besprochen werden, aber es wäre notwendig, die Einzelheiten zur Herausgabe des Erlasses im Erziehungsbeirat zu regeln, wir befürchten sonst eine Politisierung der Wahlen. — Abg. Otto (D.): Ich begrüße die Erklärung des Regierungsvertreters und kann in Rücksicht hierauf namens meiner Partei auf den Antrag verzichten.

Die Beratung wird abgebrochen. Donnerstag Eisenbahngüterzuschläge.

Der Reichskanzler über Wirtschaftsfragen.

Am Dienstag morgen fand auf Einladung des Herrn Reichskommissars Severing im Kaiserhof zu Essen eine Besprechung von Regierungsvertretern mit einer Anzahl von Vertretern der rheinisch-westfälischen Presse statt. Auch der Reichskanzler Bauer, Reichsarbeitsminister Schlicke, Reichspostminister Giesberts und der Unterstaatssekretär Albert aus der Reichskanzlei nahmen daran teil. Nachdem der Herr Reichskommissar die Tagung eröffnet und für das zahlreiche Erscheinen gedankt hatte, führte er ungefähr aus, daß er die Presse zu sich gebeten habe, um sie zu bitten, die Regierung und die ganze Volksgemeinschaft zu unterstützen, in dem Bestreben, aus der Not unseres Wirtschaftslebens herauszukommen. Dieses Ziel werde nur erreicht werden können durch Mehrarbeit und die Hebung unserer Urproduktion. Die Sechsstundenschicht, die dieses Bestreben zu durchkreuzen drohte, ist abgewehrt. Es gibt heute wohl wenig Bergarbeiter mehr, die der Meinung sind, daß diese Frage nur gelöst werden könne in internationalen Abmachungen. Von der sofortigen Einführung des Sechsstundentages rede kein Mensch mehr. Es muß mehr gearbeitet werden! Es bestehe die erfreuliche Aussicht, daß nicht ein gesetzlicher Zwang, nicht ein geschriebener Paragraph geschmiedet werden braucht, um die Arbeitsgemeinschaft im Bergbau anzuhalten, diese nationale Pflicht zu erfüllen. Der Herr Reichskommissar wendet sich sodann der noch immer bestehenden Gefahr von der Seite der Kommunisten und Syndikalisten zu, die die erste Gelegenheit benutzen würden, um neue Unruhen in den Bergbau zu tragen. Die Zusammenfassung aller Kräfte und die Mitarbeit der Presse seien deshalb unentbehrlich. Nicht alle Zeitungen hoben die Regierung in ihren Bestrebungen unterstützt. Vielleicht sei der große Papiermangel die Erklärung für diese unerfreuliche Erscheinung gewesen. Manchmal ist es Vorsicht gewesen. Eine Anzahl der Herren Kollegen und Verleger hat es nicht gewagt, dieser volkstümlichen Strömung mit der notwendigen Entschiedenheit entgegenzutreten. Die Presse hat in der Beziehung nicht vollauf ihre Schuldigkeit getan. Jeder Zeitungsredakteur muß in dieser schwierigen Zeit den Mut für die Verantwortung haben. Hat er diesen Mut an allen exponierten Stellen, dann werden wir bald die Lichtblicke eines Zusammenarbeitens sehen. Dann wird es möglich sein, den Weg freizulegen, der uns alle Wege ebnet! Hierauf nahm Herr Reichskanzler Bauer das Wort. Er hat die Gelegenheit seiner Anwesenheit in Essen benutzt, um mit den Vertretern der Presse über die wichtigsten Fragen, die unser Wirtschaftsleben berühren, Rücksprache zu nehmen. Der Krieg mit seinen schrecklichen Folgen hat unser Wirtschaftsleben vollkommen zerrüttet. Alle die sonstigen Folgen, die der unglückliche Ausgang des Krieges mit sich gebracht hat, hat das deutsche Volk zu einem Bettelvolk gemacht. Wir sind überschuldet und wir werden die Hebung der Wirtschaftsproduktion nur wiederherstellen können, wenn uns günstige Begleitumstände zu Hilfe kommen und im ganzen Volke mit intensiver, fleißiger Arbeit, unter Zurückstellung aller Sonderinteressen, an diese gemeinsamen Aufgaben herangegangen wird. Lange Zeit war es ja unmöglich, mit Vernunftsgründen an weite Kreise des Volkes heranzukommen. Die Not der langen Jahre, die Verwilderung, die der Krieg mit sich gebracht hatte, das Sinken der Moral, hatten einen Geisteszustand geschaffen, der auch heute noch nicht überwunden, und der als anormal zu bezeichnen ist. Dieser anormale Geisteszustand der weitesten Schichten des Volkes hat die Gesundungsarbeit außerordentlich erschwert. Wir sind jetzt so weit, daß allgemein auf allen Gebieten Zeichen der Gesundung, der Wiederkehr der Vernunft und die Einsicht zu ruhiger Ueberlegung sich einstellt, so daß jetzt die Möglichkeit gegeben ist, durch Vernunftsgründe vorwärts zu kommen und eine intensive Arbeitstätigkeit zur Durchführung zu bringen. Die Geneigtheit zu intensiver Arbeit fehlt seit langer Zeit in unserem Volke leider, aber nicht die Fähigkeit zu dieser intensiven Arbeit. Die Voraussetzungen der intensiven Arbeitsfähigkeit fehlen einmal, weil unsere Industrie, die gewerblichen Betriebe und die Landwirtschaft nicht mit den genügenden Kohlen versorgt werden können. Dazu kommt für eine Reihe von Betrieben der Mangel an Rohstoffen. Ihre intensive Arbeitstätigkeit, deren wir so dringend bedürfen, kann sich nicht entwickeln, weil der Urstoff fehlt, der die Voraussetzung zu dieser intensiven Arbeit ist. Die Kohlenproduktion ist zeitweise ganz gewaltig zurückgegangen. Während der letzten Monate hat sie eine erfreuliche Steigerung erfahren, aber es besteht noch eine gewaltige Differenz gegenüber den Friedensleistungen. Im Jahre 1913 hatten wir im Ruhrrevier eine Jahreserzeugung von 115 536 Millionen Tonnen, monatlich durchschnittlich 9545 Millionen Tonnen; im Jahre 1919 betrug die Jahreserzeugung nur 70 885 Millionen Tonnen, also eine Differenz von ungefähr 44 Millionen Tonnen. Der Friedensvertrag, der uns aufgezwungen wurde, legt Deutschland die Pflicht auf, eine große Kohlenmenge an die Entente zu liefern. Die Verpflichtungen des Friedensvertrages gehen so weit, daß Deutschland nie in die Lage kommen wird, sie in vollem Umfange zu erfüllen, es sei denn, daß Deutschland darauf verzichtete, selbst die Arbeit wieder aufzunehmen und es auf diese Weise wirtschaftlich zugrunde gerichtet werde. Das hat die Entente bis zu einem gewissen Grade eingesehen. Die Forderungen, die gestellt werden, gehen noch weit über das erträgliche Maß hinaus. Ich hoffe, daß es uns im Laufe der Verhandlungen gelingen wird, die Ententemächte davon zu überzeugen, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, Deutschland lebensfähig zu machen. Nach dem Friedensvertrag sollen wir gewaltige Massen aufbringen. Sie können aber nur aufgebracht werden, wenn Deutschland arbeiten kann. Ohne Arbeit keine Werte! Die Werte im Auslande sind heruntergewirtschaftet während der langen Kriegsdauer, so daß nur durch Wiederaufnahme der Wirtschaftstätigkeit auf allen Gebieten der Warenerzeugung und des Warenexportes die Möglichkeit geschaffen wird, die Lasten abzutragen, die die Gegner uns auferlegt haben. Das sehen die vernünftigen Kreise der Ententeländer auch ein. Immer größer wird die Zahl der Stimmen, die öffentlich erklären, wenn wir Deutschland nicht Hilfe leisten und diesem arbeitsamen Volke die Möglichkeit zur Arbeit geben, dann wird der Zusammenbruch kommen und uns mit in die Katastrophe hineinziehen. Auf das deutsche Wirtschaftsleben überleitend, führte der Reichskanzler etwa aus: Trotz verringerter Kohlenerzeugung besteht die Pflicht, erhebliche Kohlenmengen an die Entente zu liefern. Wir sind infolgedessen nicht in der Lage, das deutsche Wirtschaftsleben auch nur annähernd mit der erforderlichen Kohlenmenge zu versehen. Nach dem Verteilungsplan des Reichskohlenkommissars erhalten die einzelnen Industriezweige etwa 25 bis 75 Prozent ihres Bedarfes je nach der Bedeutung und Lebenswichtigkeit. Der Friedensbedarf wird zugrunde gelegt. Die Elektrizitätswerke werden mit zirka 75% bedacht, die Zementindustrie mit 27%, Leder- und Schuhwaren mit 38%, Zeitungspapierfabriken mit 68%, Gaswerke mit 71% ihres Kohlenbedarfes, wobei zu berücksichtigen ist, daß das Lieferungssoll nicht immer erreicht wird. Es sind heute immer noch ganze Arbeitermassen vorhanden, die ihre Arbeitskraft nicht verwenden können, weil die Voraussetzung für die Arbeitstätigkeit nicht gegeben ist. Die Regierung hat alles getan, um die Arbeiterzahl im Kohlenbergbau zu vermehren. Die in den letzten Monaten geleistete intensive Arbeit auf diesem Gebiete hat erfreuliche Fortschritte gezeitigt. Wenn wir aber zu einer befriedigenden Leistungsfähigkeit kommen wollen, so muß die Arbeiterzahl noch weiter gesteigert werden. Sie läßt sich jetzt nicht durchführen, weil keine Wohngelegenheit geschafft werden kann. Eine erhebliche Zahl der Arbeiter wandert nach kurzer Zeit wieder ab, wenn ihnen keine menschliche Wohnstätte verschafft werden kann. Da ist ein großzügiger Siedlungsplan in Vorbereitung. Die Baustoffabriken leiden an Kohlenmangel, sodaß ein großzügiges Bauprogramm erst im Laufe der nächsten Jahre zur Abwicklung kommen und damit auch die Arbeiterfrage erst im Laufe der Jahre gelöst werden kann. Der Reichtum Deutschlands liegt in der Erde. Die Kohle ist heute nicht nur das Mittel, das uns wieder eine bessere Wirtschaftsexistenz ermöglichen soll, sondern auch das beste Zahlungsmittel internationaler Art infolge der Verarmung des Landes und des Mangels an Produktionswerten. Unsere Mark ist auf einen Tiefstand gesunken, der unsere Kaufkraft dem Auslande gegenüber vernichtet hat. Nicht nur im Innern des Landes hat sich der Tauschverkehr entwickelt, auch im Auslandsverkehr wird Wert darauf gelegt, daß man für Ware, die man liefert, auch wieder Ware erhält, weil mit dem Papier nichts anzufangen ist. Die Kohlenproduktion muß nicht nur auf Friedenshöhe, sondern noch weit darüber hinaus gebracht werden. Angesichts dieser Tatsache ist es natürlich unverantwortlich, den 6stündigen Arbeitstag dem Bergbau aufzudrängen. Ich bedauere, daß die breite Oeffentlichkeit sich gar zu sehr auch in die Auffassung hat hineinpressen lassen, daß die 6stündige Arbeitszeit unter Tage durchaus begründet sei. Die Differenz zwischen der Arbeitszeit der Bergarbeiter unter Tage und der Arbeitszeit der übrigen Arbeiterkategorien besteht auch heute noch. Ich zweifle nicht daran, daß die deutschen Arbeiter, die redliche, ehrliche und arbeitsame Menschen sind, einsehen werden, daß sie ein weiteres Opfer bringen müssen, um die Gesamtheit des Volkes aus der Wirtschaftsnot zu erretten. Gestern haben Verhandlungen stattgefunden zwischen Vertretern der Bergarbeiter, der Angestelltenorganisationen und Vertretern des Zechenverbandes und ich habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir eine Steigerung der Bodenproduktion für das Ruhrgebiet unbedingt nötig haben, wenn wir nicht an den wirtschaftlichen Abgrund geraten wollen. Diese Steigerung muß in Kürze erfolgen, denn wir haben keine Zeit zu verlieren. Es bestehen weitreichende Verpflichtungen. Deutschland ist zahlungsunfähig, wenn es nicht durch seine Arbeit die nötigen Zahlungsmittel schafft. Wie kann nun diese Mehrproduktion erreicht werden? Sie könnte spielend erreicht werden, wenn die Bergarbeiter sich bereit fänden, statt 7 Stunden 8½ zu arbeiten, nicht in der Weise, daß die regelmäßige Arbeitszeit verlängert wird, sondern lediglich mit Ueberstunden, die für eine bestimmte Zeit vereinbart werden. Es kommt nur darauf an, daß die Bergarbeiterorganisationen und der Zechenverband sich darüber verständigten. Als zweite Lösung komme in Frage, ob mit einer gewissen Regelmäßigkeit Sonderschichten verfahren werden können. Sie müßten aber in ziemlich starkem Ausmaße erfolgen, wenn der wirtschaftliche Effekt erzielt werden solle. Der Herr Reichskanzler behandelte sodann die Konzessionen, welche den Bergarbeitern für das Mehrschaffen gemacht werden müßten, wie bessere Verpflegung. Da die erforderlichen Lebensmittel auch nur mit Kohlen

---

Die Nebelfrau.

Roman von Anny Wothe.

(Nachdruck verboten.)

11. Fortsetzung.

Als Graf Reimar über die Schwelle von Undines Gemach trat, wehte ihm trotz des warmen Scheines der roten Lampe etwas wie Kühle entgegen. Hier brannte kein behagliches Feuer, wie nebenan in dem großen Wohnzimmer. Die Fenster waren weit geöffnet und der Frühlingswind, der draußen fauchend durch die alten Eichen fuhr und ungehemmt ins Zimmer drang, machte ihn frösteln.

Oder war es der Raum selbst, der ihn so erkältete?

Ueberall an den Wänden hohe, dunkle Bücherregale. Kein bunter Tand, wie er ihn heute im Wohnzimmer der Gräfin Fridrun gesehen, keine weichen, weißen Bärenfelle, keine seidenen Decken und Kissen und kostbaren Nippes, sondern überall die Zeugen ernster Tätigkeit und regen Schaffens.

Dort der große mit Papieren bedeckte Schreibtisch mit den aufgeschlagenen Rechnungsbüchern und Folianten redete eine gar eigene Sprache. Feierlich sah von der Wand Böcklins Toteninsel auf die Stätte der Arbeit herab und ein Dantekopf von weißem Marmor leuchtete aus der Ecke des Zimmers geheimnisvoll herüber.

Plötzlich zuckte Graf Randolt zusammen. Sein spähender Blick hatte ein kleines Bild auf dem Schreibtisch entdeckt, das ein Kranz frischblühender Veilchen umrahmte.

„Lutz Randolt."

Gedankenvoll nahm er das Bild in die Hand.

Ein Schatten flog über sein Gesicht, ein dunkler Schatten.

Einen Augenblick atmete Graf Reimar fast beklommen den süßen Duft der Veilchen, dann stellte er das Bild an seinen Platz zurück.

In demselben Augenblick trat Undine ein. Erstaunt sah sie das Bild in seiner Hand, noch erstaunter die Art, wie er es hastig, als wäre er auf einem Verbrechen ertappt, wieder auf den Schreibtisch stellte. Ihr Antlitz wurde noch kühler, als vordem, als sie jetzt auf die Bücher deutete und mit kalter Stimme sagte:

„Ich habe versucht, etwas Ordnung in die verworrenen Angelegenheiten der letzten Zeit zu bringen, die der Tod meines Bruders zur Folge hatte. Wenn Sie etwas Geduld haben wollen, kann ich Ihnen die notwendigen Aufschlüsse geben, die der Inspektor nicht hat machen können und über die mich mein Vater noch Möglichkeit aufzuklären suchte."

Sie hatte den Grafen durch eine Handbewegung gebeten, Platz zu nehmen.

„Ich habe nicht die Unterredung mit Ihnen erbeten, Gräfin, um diese geschäftlichen Angelegenheiten zum Abschluß zu bringen, die wirklich ganz belanglos sind, sondern —"

„Für Sie vielleicht, Graf, für uns nicht", unterbrach ihn Undine schnell, indem eine heiße Röte ihr Gesicht überlief, und sie die feine zartgeformte Hand fest auf das große Kontobuch legte. „Für uns alle wird es eine Erlösung sein, wenn alles Fragliche so bald als möglich geordnet wird."

„Natürlich werde ich mich Ihren Wünschen fügen. Jetzt aber möchte ich Sie fragen, weshalb Sie meinen Vorschlag, die alten, gewohnten Räume des Corlingshofes nach wie vor einzunehmen, so entschieden ablehnten und darauf bestehen, in den linken Flügel das Schloßes zu ziehen? Haben Sie auch bedacht, daß Ihre Frau Großmutter kaum imstande sein wird, diese Veränderung zu ertragen, und daß Ihre Frau Stiefmutter in der neuen Wohnung mehr beschränkt sein dürfte. Ist ihr lieb und angenehm ist?"

„Darum handelt es sich doch gar nicht, Herr Graf. Wir wünschen keine anderen Rechte auf dem Corlingshof, als solche, die uns zustehen."

„Würde es im Sinne Ihres verstorbenen Vaters liegen, wenn er die Frau, die er geliebt, darben sähe?"

Wieder schoß eine glühende Röte in Undines Gesicht.

Also, um die Frau sorgte er sich; die Frau, von der sie vermutete, daß sie seinem Herzen einst nahe gestanden hatte.

„Fridrun wird sich wie wir alle bescheiden lernen", bemerkte Undine kühl.

„Und wenn ich nun ein Mittel wüßte, Gräfin, die alten Verhältnisse hier im Corlingshof unverändert zu lassen?"

Sie sah überrascht, fast erschreckt zu ihm auf.

„Ein solches Mittel gibt es nicht, Graf Randolt."

Ein feines Lächeln huschte um seine Lippen.

„In den Familienbestimmungen", sagte er langsam, seine Fingerspitzen gegeneinanderlegend, und, wie es seine Gewohnheit war, das linke Auge leicht zukneifend, „befindet sich ein Passus, der es ermöglicht, daß der Corlingshof und Südegaarde ungeschmälert in den Besitz der weiblichen Mitglieder der Familie übergehen, wenn der Mannesstamm ausstirbt."

Das junge Mädchen sprang erregt auf.

„Nur wenn der Besitzer ausdrücklich auf alle Rechte verzichtet und freiwillig den Besitz abtritt. Das können und werden Sie nicht tun. Es wäre ja Wahnsinn. Der Stifter des Majorats hätte sich wirklich diese ganz überflüssige und unsinnige Klausel sparen können."

„Wer weiß, verehrte Gräfin. Vielleicht war er gerade ein sehr reicher Mann, der sich sagte, daß Verhältnisse eintreten können, die selbst das Unmögliche möglich erscheinen lassen. Ich würde also bereit sein, unter gewissen Bedingungen, die allein in Ihre Hand gegeben sind, auf die Erbschaft zu verzichten."

Mit starren Augen sah das Mädchen in das Gesicht des Mannes, dessen Blick so durchdringend ernst auf ihr ruhte.

„In meiner Hand?" stammelte sie dann erschrocken.

Und mit der Hand leicht über die Stirn streichend, als wollte sie einen wirren Gedanken fortwischen, entgegnete sie mühsam beherrscht:

„Sie vergessen, Graf, daß, selbst wenn Sie im Sinne der Familienbestimmung handeln wollten, wir ihr Opfer nicht annehmen dürften."

„Es gibt Dinge im menschlichen Leben, Gräfin Undine, die stärker sind, als unser Wunsch und Wille, stärker als wir selbst, die Notwendigkeit. Nennen Sie mich nicht taktlos, nicht herzenskroh, wenn ich heute, und noch zu einer Zeit, da Ihr Herz wund ist von dem herben Schicksalsschlag, der Sie betroffen, ganz unumwunden meinen Vorschlag ausspreche."

Undine neigte ein klein wenig das Haupt. Das Licht der Lampe fiel voll auf das leichtgewellte, üppige, rotblonde Haar, das ihr ganz erblaßtes Gesicht wie ein Heiligenschein umrahmte.

„Sie haben den Antrag meines Bruders heute zurückgewiesen?"

„Gehört das zur Sache?" fragte Undine empört.

„Nein, und doch ja! Es würde mich aber sehr interessieren, die Gründe kennen zu lernen, weshalb Sie meinen Bruder abwiesen."

„Darüber, mein Herr, bin ich Ihnen keine Rechenschaft schuldig. Wenn man mir auch alles genommen hat, meine Gefühle sind wenigstens noch mein. Ich gestatte Ihnen keinerlei Einmischung in meine inneren Angelegenheiten."

Gemach, Gnädigste, gemach. Sie gehen von der ganz irrigen Voraussetzung aus, daß ich Ihr Feind bin. Ich möchte Sie gern vom Gegenteil überzeugen."

„Es liegt mir nichts daran", wehrte Undine. „Und jetzt, Herr Graf, können wir wohl die Unterredung enden?"

(Forts. folgt.)

im Auslande bezahlt werden könnten, so müsse ein Teil der Mehrproduktion zum Ankaufe der Lebensmittel verwendet werden, die den Bergarbeitern wieder zu dem Preise zugeführt werden, der unserem Inlandpreise entspricht. Sehr bald würde dann das deutsche Volk durch seine Arbeit wieder zu befriedigenden Zuständen und erträglichen Lebensverhältnissen gelangen, wenn nicht immer die ewige Bedrohung der Entente uns an dieser Entwickelung hinderte. Gegenwärtig stehen wir wieder vor einer schweren politischen Katastrophe, dem Auslieferungsbegehren der Ententestaaten. Eine Regierung und ein Volk kann zwar unter der Drohung des Einmarsches gezwungen werden, eine solche Verpflichtung zu unterschreiben. Eine solche auszuführen ist niemand, auch keine Regierung, in der Lage. Nach dem Herrn Reichskanzler ergriff der Herr Reichspostminister Giesberts das Wort, der die Lage noch ernster bezeichnete, als sie der Reichskanzler geschildert hat. Wenn es uns nicht gelinge, daß wir die volkswirtschaftlichen Betriebe im Gange halten können, dann gingen wir im Sommer sicher zugrunde. Die Situation erfordert, daß wir zu außerordentlichen Maßnahmen schreiten. Die Bergarbeiter könnten eigentlich die Retter Deutschlands sein. Die Kaufkraft einer deutschen Tonne Kohlen kommt im Auslande 35 Klgr. Speck oder 32 Klgr. Butter gleich. Der Herr Minister hob besonders hervor, daß von der Regierung eine Verordnung herausgegeben ist, daß bei den amtlichen Büros der Achtstundentag beibehalten werden soll. Als Vorbedingung des Posttarifs ist ebenfalls die 48stündige effektive Arbeitswoche, d. h. 48 Arbeitsstunden ohne Vesper, Frühstück oder Mittagspause vorgesehen. Wie in Deutschland in Bezug auf die Auslieferungsfrage eine geschlossene öffentliche Meinung vorhanden gewesen sei, so müsse sie auch jetzt bei der Kohlenfrage bestehen. Die Einfuhr der Lebensmittel sei nur möglich, wenn wir Devisen durch Export schaffen. — Reichsarbeitsminister Schlicke untersuchte das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Er hält es für ausgeschlossen, die Produktion zu steigern, wenn das Zusammenarbeiten zwischen ihnen nicht erreicht wird. Die Kohlenversorgung ist auch eine Beförderungsfrage, deshalb müsse für einen regelmäßigen Abtransport gesorgt werden. Der Eisenbahnminister hat angeordnet, daß in dem ihm unterstellten Betriebe die Arbeitszeit ebenfalls voll ausgenutzt wird. — In der sich anschließenden Aussprache wurde noch manch nützliche Anregung gegeben und eine Reihe von Wünschen zum Vortrag gebracht, wie z. B. Schaffung von Pressestellen in Berlin, die Papierfrage und der Streik der Buchdrucker in Rheinland-Westfalen, bis der Herr Staatskommissar die von gegenseitigem Vertrauen getragene Besprechung mit der Hoffnung schloß, recht bald den Tag wieder begrüßen zu können, der uns eine freiere Zukunft gibt.

Ueber den Oberpräsidenten von Ostpreußen,

August Winnig, bringt die „Hamburger Warte" u. a. folgende Mitteilungen:

Vor den Hamburger Gerichten schwebt eine Scheidungsklage, die der genannte Oberpräsident, Genosse August Winnig, gegen seine Ehefrau angestrengt hat. Daran interessieren die Begleitumstände.

Im Jahre 1903 heiratete der damalige Maurergeselle August Winnig ein armes, ordentliches Mädchen aus seinem Heimatstädtchen Blankenburg am Harz, mit der er sich jahrelang recht und schlecht durchschlug, und die ihm eine Tochter gebar. Abgesehen von einem Seitensprung des Ehemannes im Jahre 1918 war die Ehe glücklich. Da trugen die Wogen der Revolution auch Winnig hoch, er wurde deutscher Gesandter in Est- und Lettland, am 26. Dezember 1918, und am gleichen Tage schrieb er an Frau und Tochter einen Scheidebrief, durch den er ihnen eine fernere Rente von monatlich 600 Mark versprach, die er später auf 700 Mark erhöhte. Und am gleichen Tage reichte er auch die Scheidungsklage ein, weil „seine Frau in bezug auf Bildung und Charakter nicht mehr zu ihm passe."

Nach vergeblichen Einigungsversuchen der Frau reiste sie in ihrer Verzweiflung am 24. Juni 1919 mit ihrer Tochter nach Weimar, wo sie ihn auf den Knien um Rückkehr anflehte. Mit seiner „Größe und Stellung" fand er das aber unvereinbar, er fertigte sie kurz ab, gebot ihr durch seinen Sekretär die Abreise und — begab sich in eine Weinkneipe, wo er mit mehreren Genossen, darunter dem Reichspräsidenten, kneipte. Ein Brief der Frau Winnig an den ihr persönlich gut bekannten Präsidenten Ebert brachte ihr folgende Antwort:

Büro
des Reichspräsidenten
Verwaltungsabteilung.
J.-Nr. 6403/19.

In der Antwortnote ist das Datum und die vollständige Journal-Nr. dieses Schreibens anzugeben.)

Auf Ihr Schreiben vom 2. d. Mts. erwidere ich Ihnen ergebenst, daß der Herr Reichspräsident zurzeit so außerordentlich stark mit Regierungsgeschäften in Anspruch genommen ist, daß es ihm ganz unmöglich ist, sich noch an der Regelung privater Angelegenheiten zu beteiligen. Ihre Erlebnisse sind gewiß außerordentlich bedauerlich. Ich kann aber im Augenblick keine Möglichkeit sehen, von hier aus in Ihrem Interesse etwas zu veranlassen. Falls Sie sich damit einverstanden erklären, würde ich bereit sein, mit Ihrem Gatten persönlich Rücksprache zu nehmen. Was unter allen Umständen erreicht werden kann, wäre, daß Sie vor wirtschaftlicher Not geschützt werden, falls Ihr Mann bisher in dieser Beziehung seine Pflicht nicht voll erfüllen sollte. Einen Druck auf ihn auszuüben, das Zusammenleben wieder aufzunehmen, ist natürlich sehr schwierig, da es sich dabei doch immer um eine Gewissensfrage handelt. Falls Sie also wünschen, daß noch etwas Weiteres unternommen wird, bitte ich Sie um gefällige Mitteilung, wie Sie sich diese Einwirkung denken.

Krüger, Direktor.

Frau Minna Winnig,
Hamburg,
Hammersteindamm 108.

So läuft die Scheidungsklage denn eifrig weiter. Es soll eine Gegenüberstellung der beiden Ehegatten erfolgen, damit das Gericht feststellt, ob „Bildung und Charakter" des Oberpräsidenten sich so vervollkommnet haben, daß er mit der Frau, die ihm, als Maurergesellen, Ehre und Jugend geopfert, nicht mehr leben kann. Zu den vielen Tränen, die am Weihnachtsfeste 1919 geweint sind, gehören auch die Tränen der Frau und Tochter, die ohne eine Spende des Vaters den Heiligabend in trostloser Verlassenheit dasaßen.

Der Versailler Vertrag vor dem englischen Unterhause.

(TU) Bei der Beratung der Adresse des Unterhauses an den König fand eine Debatte über den Versailler Vertrag statt. Balfour gab zu, daß die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands auch von den besten Volkswirtschaftlern nicht vorauszusehen sei, da über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Deutschlands die Meinungen der sachverständigsten Leute auseinandergingen. Ueberdies habe Deutschland selbst sich bereit erklärt, fünf Milliarden Pfund zu bezahlen. Die Versailler Konferenz habe sich außerstande erklärt, die Entschädigungssumme festzustellen. Das Nachtragsprotokoll des Friedensvertrages bestimme nämlich, daß Deutschland jederzeit binnen vier Monaten nach dem Friedensschluß es freistehen solle, Vorschläge zu machen, welche die Alliierten dann in Erwägung ziehen werden. Deutschland kann z. B. eine Gesamtsumme anbieten, aber auch für einzelne Kategorien der Entschädigungspflicht Vorschläge machen. Deutschland darf auch das Anerbieten machen, der Wiederherstellungspflicht, soweit sie den Wiederaufbau betrifft, aus eigenen Mitteln nachzukommen. Balfour führte dann aus, daß die Alliierten damit Deutschland durchaus entgegengekommen seien, abgesehen davon, daß die Wiedergutmachungskommission eine Vorkehrung zur gerechten Durchführung der Entschädigungspflichten sei.

Tagesereignisse.

— **(Französische Anmaßung in Oberschlesien.)** Aus Oberschlesien erfährt der „Vorwärts": Die alliierte Kommission in Oberschlesien, deren Präsident der französische General Lerond ist, verlangt von der Stadt Oppeln die sofortige Einrichtung eines Offizierskasinos, ausgestattet mit Silbergeschirr, gutem Porzellan und Leinentischzeug für 400 Personen. Vorausgesetzt, daß es überhaupt möglich ist, Silbergerät zu besorgen, dürfte die Einrichtung dieses Kasinos nach fachmännischem Urteil ca. 800 000 Mark kosten. Die Einrichtung weiterer Kasinos wurde befohlen. Bei einer hiesigen Möbelfabrik sind über 40 Schreibtische modernster Art beschafft worden, darunter eine Anzahl im Preise von 2000 Mark pro Stück. Der Ententemilitarismus gleicht vollkommen dem altpreußischen, der doch einzig in seiner Art sein sollte.

— **(Französischer Menschenraub in Deutschland.)** Ein Berliner Abendblatt bringt die Mitteilung, daß Anwerber für die französische Fremdenlegion neuerdings auch Berlin in ihren Tätigkeitsbereich einbeziehen. Hierzu teilt die offiziöse „D. Allg. Ztg." mit: Meldungen, die bei uns aus dem deutschen Westen eingegangen sind, zeugen von dem Hochdruck, mit dem von Frankreich aus derartige Werbungen dort betrieben werden. Diese Meldungen geben auch der Mitteilung des Berliner Abendblattes bedauerlicherweise eine gewisse Wahrscheinlichkeit. Wenn auch nach dem Friedensvertrag die Anwerbungen zur Fremdenlegion auf deutschem Gebiet sich lediglich nach dem französischen Gesetze richten (Art. 179, Abs. 3), so sollte gleichwohl dieser Menschenraub zwischen zwei Nationen — um nichts anderes handelt es sich — unterbleiben. — Es muß verlangt werden, daß die deutsche Regierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln diesen Nachrichten nachgeht und, wenn sie wahr sein sollten, diesem gemeingefährlichen Treiben entgegentritt.

— **(Ein deutsches Bekenntnis.)** Der bisherige Regierungspräsident von Allenstein, der inzwischen Regierungspräsident in Königsberg geworden ist, sprach offen aus, daß er den neuen Herren kein freudiges Willkommen bereiten könne und daß Masuren nur um eines bitte, nämlich um würdige, gerechte und strenge Durchführung der auf die Abstimmung bezüglichen Bestimmungen des Friedensvertrages.

— **(Mannesmann-Minenkonzessionen für nichtig erklärt.)** Vor dem internationalen Schiedsgericht über die marokkanische Minenangelegenheit ist in Paris nach langen Verhandlungen in öffentlicher Sitzung über die Mannesmann-Minenkonzessionen die Entscheidung gefällt worden. Das Schiedsgericht hat gegen die Stimme des deutschen Schiedsrichters die von den Gebrüder Mannesmann 1908 und 1909 von dem Sultan Muley Hafid erworbenen Minenkonzessionen für nichtig erklärt. Für die Kosten, die den Brüdern Mannesmann zur Erwirkung der Konzession seinerzeit erwachsen sind, läßt das Schiedsgericht die Zahlung einer Entschädigung zu und behält sich ferner die in seinen weitgehenden Befugnissen liegende Widerbewilligung von neuen Schürf- und Konzessionsrechten an die Gebrüder Mannesmann vor. Hierüber findet ein späteres Verfahren statt. Das Schiedsgericht war zusammengesetzt aus dem norwegischen Minister Grane als Vorsitzenden, dem französischen Gesandten de la Fontarie und dem deutschen Geheimen Legationsrat Pabel.

— **(Der Achtstundentag in der Landwirtschaft.)** Am gestrigen dritten Verhandlungstage der Generalversammlung des Deutschen Landarbeiterverbandes wurde abgestimmt über die Anträge zum Thema Tarifverträge und Arbeitszeit. Ein Antrag auf Anerkennung des Massenstreiks im proletarischen Kampf wurde abgelehnt. Die Forderung auf Abschaffung der Frauenarbeit wurde ebenfalls abgelehnt. Kinder unter 14 Jahren sollen zu landwirtschaftlichen Arbeiten nicht mehr herangezogen werden. Das Hofgängerwesen soll verschwinden. Zu den Anträgen auf Einführung des Achtstundentages gab der Vorstand folgende Erklärung ab: Der Vorstand tritt nach wie vor für eine Verkürzung der Arbeitszeit, soweit dies möglich ist, ein. Daraufhin wurden die Anträge, die die Einführung des Achtstundentages verlangen, zurückgezogen.

— **(Drohende Stillegung der Zigarettenindustrie.)** Auf Grund eines Beschlusses aller Mitglieder der Arbeitgeberverbände der deutschen Zigarettenindustrie ist in sämtlichen Dresdner Fabriken den Arbeitern zum 8. März gekündigt worden. Die Zigarettenindustrie fordert Ermäßigung der Steuersätze um 75% oder Hinausschiebung des Inkrafttretens des Tabaksteuergesetzes. Berlin und die übrigen Herstellungsorte für Zigaretten schließen sich dem Vorgehen an, sodaß die deutsche Zigarettenindustrie am 8. März zum Erliegen kommen wird, wenn bis dahin keine Einigung mit der Regierung erzielt werden kann.

— **(Konflikt zwischen Fischern und Fischindustriellen.)** Die Travemünder Fischergenossenschaft sandte gestern kein Pfund Heringe an die Lübeck-Schlutiper Fischindustriellen, weil auch für die Fischindustrie der Höchstpreis auf 80 Pfg. für das Pfund festgesetzt worden war. Daraufhin sind in Travemünde 1000 Zentner für die Industrie beschlagnahmt worden. Die hieraus hergestellten Bücklinge werden die Fünfpfundkiste für Lübeck für 13,60 Mk. geliefert und für den Versand für 14,30 Mk. Der Lübecker Bevölkerung hatten die Fischer grüne Heringe zu 80 Pfg. das Pfund genügend gesandt. Die Fänge in der Travemünder Bucht dauern an.

— **(Zur Bildung einer neuen sozialistischen Partei.)** Vor einigen Tagen hat in Regensburg die Bildung einer neuen sozialistischen Partei stattgefunden. Es waren 98 Ortsvereine der Mehrheitssozialisten, 24 der Unabhängigen, 4 Gewerkschaftskartelle und ein Vertreter der kommunistischen Partei anwesend. Es wurde ein Parteiprogramm angenommen, das in seinen wesentlichsten Punkten folgende Forderungen aufstellt: Allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahl- und Stimmrecht für alle über 18 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Volksvertretungen, zweijährige Gesetzgebungsperiode, Vornahme der Wahlen an gesetzlichen Ruhetagen, direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes, die weltliche sozialistische Einheits- und Arbeitsschule mit Unentgeltlichkeit aller Erziehungs- und Lehrmittel, Schaffung einer wirklichen Volkswehr, Entscheidung aller überstaatlichen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Trennung von Kirche und Staat, Reform der Rechtspflege und Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter, Vergesellschaftung des gesamten öffentlichen Gesundheitswesen, soziale Steuerpolitik durch stufenweise fortschreitende Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer, Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, Unterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu sämtlichen Nationen unter Ausschaltung der Geheimdiplomatie, Ablehnung jeder Koalition mit bürgerlichen Parteien, jederzeitige Abberufbarkeit der Volksvertreter. Im wirtschaftlichen Teil des Programms wird die sofortige Vergesellschaftung aller Produktionsmittel auf genossenschaftlicher Grundlage bezirks- evtl. länderweise als Vorstufe der Sozialisierung gefordert. Wie die Parteileitung mitteilte, stehen hinter den korporativ übergetretenen Ortsvereinen 9000 Mitglieder, ferner die gesamten bayerischen Landarbeiter. Aus den thüringischen Staaten, Hannover, Oldenburg, einigen sächsischen Wahlkreisen, den beiden Mecklenburg und Vorpommern sowie Ostpreußen erklärten sich die Vertreter für die Neugründung und wollen den Uebertritt ihrer Vereine zu der neuen Partei kundgeben.

— **(Der „tolle Mullah" predigt den Heiligen Krieg.)** Die letzten aus dem Sudan und Abessinien eingetroffenen Meldungen bezeichnen die derzeitige Lage als sehr ernst. Der „tolle Mullah" predigt im Sudan den Heiligen Krieg im Namen des türkischen Sultans. Großbritannien und Italien haben eine gemeinsame Absicht zur Unterdrückung des Aufstandes vorbereitet. Indische und afrikanische Truppen mit Tanks und Flugzeugen wurden in Massaua gelandet. Zweifellos hat die Möglichkeit, daß der Sultan und das Kalifat aus Konstantinopel vertrieben werden könnten, in der ganzen mohammedanischen Welt große Unruhe erzeugt, und die Entscheidung der Botschafterkonferenz in London, die das Verbleiben des Sultans in Aussicht stellt, dürfte demnächst einen wesentlich beschwichtigenden Einfluß ausüben.

— **(Ein Plan der roten Hand.)** Das „Deutsche Volksblatt" meldet aus Mailand: Bei dem mit 7 Genossen bei seiner Landung in Neapel verhafteten Kommunistenführer Angelotti wurde ein vollständig ausgearbeiteter Attentatsplan gegen fast sämtliche Staatsoberhäupter Europas vorgefunden. Die Namen der mit der Ausführung betrauten spanischen, italienischen, irischen und russischen Anarchisten sind in den Händen der Polizei. Sie sind durchweg Mitglieder der „roten Hand".

— **(Drohender Generalausstand in Australien.)** Anfang Dezember brach in Australien ein Streik unter den Maschinisten der australischen Seeschiffe aus. Alle Versuche zu einer Beilegung des Ausstandes waren bisher erfolglos. Der Streik dauert fort. Nun hat die Bundesregierung den Banken und anderen Geldinstituten verboten, den Ausständigen Geld oder Güter zu verschaffen, durch die der Ausstand verlängert werden kann. Die Gewerkschaften drohen mit einem Generalstreik.

— **Vom Sterben Wiens.)** Die erschreckende Zunahme der Tuberkulose in Wien als Folge des Hungerelends geht aus folgenden Zahlen hervor: Im Jahre 1914 wurden 6223 Todesfälle an Tuberkulose gezählt, 1917: 11 741, 1918: 11 531, im Jahre 1919 mehr als 12 000. Es kamen demnach auf 100 000 Einwohner 480 Todesfälle, während in Paris, wo die Tuberkulosesterblichkeit seit jeher eine große war, von 100 000 Einwohnern nur 275 an Tuberkulose starben, in London 140.

— **Gegen die Deutschen in schweizer Bankbetrieben.** Die Schweizer Banken haben neuerdings ein Abkommen unter sich getroffen, keine Deutschen mehr anzustellen. Begründet wird dies Vorgehen damit, daß Schweizer Staatsangehörige an den Deutschen Banken entlassen werden. — Es ist dies der erste hier bekannt gewordene Fall, daß die Schweiz mit derartigen Repressalien in rigorosester Weise Deutschen gegenüber auftritt.

— **Schlafwagen als Hotels** sind jetzt in Berlin zum Gebrauch eingerichtet worden, um der Wohnungsnot der Fremden zu steuern. Eine Anzahl Schlafwagen, deren Benutzung ja jetzt bedeutend eingeschränkt worden ist, sollen auf den großen Fernbahnhöfen den durchreisenden Fremden, ein Nachtquartier bieten. Die Waaen wurden zu diesem Zweck neu eingerichtet und am Sonnaoend von der Eisenbahndirektion abgenommen. Sie stehen auf dem abgelegenen Militärbahnhof in Schöneberg, auf dem nachts kein Verkehr herrscht. Sie sind gut geheizt und elektrisch beleuchtet. Frühstück wird von dem Schlafwagenpersonal bereitet. Die Wagen können um 5 Uhr nachmittags bezogen, müssen aber früh 9½ Uhr von den Gästen geräumt werden. Im Laufe der nächsten Woche werden die Hotelschlafwagen ihren Betrieb aufnehmen. Die Zufahrten aus den entlegenen Bahnhöfen besorgen Autoomnibusse. Es liegen bereits sehr viele Bestellungen für die nächste Zeit auf Schlafwaaenabteile vor.

— **Riesige Heringsfänge** sind in den letzten Tagen wieder von den Travemünder Fischern gemacht worden. Vor dem Kriege wurden bei solcher Gelegenheit die Fische für 10 Pfg. eimerweise abgegeben. Heute ist dies ganz anders, heute kostet auch in Travemünde das Pfund grüne Heringe 1,20 Mk., in Lübeck 1,30 und die vielen Räuchereien, die waggonweise beziehen, haben 2,50 Mk. pro Pfund zu bezahlen. Bei Fängen von Tausenden von Zentnern ist das ein Geschäft, das seinen Mann nährt. Der Verdienst der Fischer in einer Nacht geht oft in die Zehntausende, verdient doch beispielsweise ein junger Fischerknecht häufig anteilmäßig bei einem guten Fang über 1000 Mark. Dieser Tage erhielt ein 19jähriger Fischerknecht in Travemünde als Anteil an den Fängen der letzten beiden Wochen rund 8000 Mk. ausbezahlt. Und doch sind noch immer Bestrebungen im Gange, die Fische weiter zu verteuern.

Kleine Nachrichten.

Wie die Blätter melden, beabsichtigt die Türkei, Thrazien an Griechenland abzutreten unter der Bedingung, daß Smyrna den Türken verbleibt. Wenizelos soll grundsätzlich mit diesem Vorschlage einverstanden sein.

Das Flensburger Tageblatt ist gestern auf Anordnung der internationalen Kommission bis zum 26. Februar wegen einer gegen die Dänen sich richtenden Lokalnotiz verboten worden.

Millerand hat dem Präsidenten die Demission des Kabinetts angeboten. Präsident Deschanel hat sie nicht angenommen und das Kabinett gebeten, im Amte zu bleiben.

Gestern erfolgte in Paris in Gegenwat der Präsidenten der beiden Kammern die Uebergabe der Präsidentschaftsbefugnisse von Poincare an Deschanel.

In London wird ein nationaler Plan aufgestellt, um Kinder Mitteleuropas in Großbritannien aufzunehmen. Kinder aus Deutschland bleiben also nach wie vor ausgeschlossen.

Strafkammer.

Kamen, 19. Febr. **(Der Fall Lepke vor der Strafkammer.)** Der zum Stadtrat gewählte Bergmann Oswald Lepke in Kamen war im Herbst vorigen Jahres einige Wochen mit der Vertretung des in Urlaub befindlichen Bürgermeisters betraut worden. Am 1. September gab ihm ein Familienereignis Veranlassung, in seinem Amtszimmer im Rathause eine Weinkneiperei mit einem Beamten zu veranstalten. Nachdem sie von 12 Uhr mittags bis 3 Uhr nachmittags getrunken und geraucht, brachen sie die Kneiperei ab. Stadtrat Lepke, der sonst ein äußerst solider Mensch ist, hatte einen tüchtigen Hieb weggekommen, sodaß er am Nachmittag noch allerhand „Dummheiten" beging, die ihn schließlich auf die Anklagebank brachten. Zunächst begab er sich in ein Büro, wo er einem jüngeren Beamten einen Auftrag erteilte und sich dann recht unhöflich gegen den Beamten Kettler benahm, sodaß dieser seine Sachen zusammenpackte, das Büro verließ und erst wieder zurückkehrte, nachdem Lepke Abbitte geleistet hatte. Ueber die Taten Lepkes in der nächsten Stunde ist nichts an die Oeffentlichkeit gedrungen. Gegen 5 Uhr kam ein Büroangestellter Sommerfeld in das Rathaus, um beim Mietseinigungsamt in einer für ihn wichtigen Sache vorzusprechen. Da ihm auf sein Klopfen die Tür nicht geöffnet wurde, schickte er sich an, das Rathaus zu verlassen. Da kam die steile, zum Mietseinigungsamt emporführende Treppe ein betrunkener Mann eiligen Fußes tobend heraufgestürmt, schrie ihn an: „Was willst Du hier? Du hast hier nichts zu suchen!" und packte ihn. Es entstand ein Ringkampf, aus dem der an Körperkraft überlegene Mann, den Sommerfeld nicht kannte, den Sieg davontrug. Sommerfeld wurde von seinem Angreifer die steile Treppe hinabgeworfen. Zum Glück trug er nur einige Kontusionen davon und eine starke Nervenerschütterung. Nach vergeblichen Versuchen, bei Beamten des Rathauses den Namen des ihm persönlich unbekannten Stadtrats Lepke zu erfahren, erstattete Sommerfeld auf der Polizeiwache Anzeige. Bald kam dem Stadtrat Lepke die Erkenntnis, daß er eine arge Dummheit begangen habe, die ihm Unannehmlichkeiten zuziehen mußte. Er machte den wiederholten Versuch, den Sommerfeld zur Zurücknahme seiner Anzeige zu veranlassen. Doch dieser ließ die Sache weitergehen. Das Schöffengericht in Kamen sprach den wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagten Stadtrat Lepke frei. Auf die vom Amtsanwalt gegen dies Urteil eingelegte Berufung beschäftigte sich gestern auch die Strafkammer Dortmund mit der Sache. Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß Lepke zwar betrunken, aber nicht, wie das Schöffengericht angenommen hatte, sinnlos betrunken gewesen ist, so daß er straffrei ausgehen könnte. Merkwürdig waren die Aussagen der als Zeugen vernommenen Polizeibeamten, die offenbar mit der Wahrheit zurückhielten. Der Staatsanwalt hielt es für nötig, vor allem den Kriminalkommissar Tomaczewski durch den Vorsitzenden auf die Heiligkeit des Eides aufmerksam machen zu lassen. Ein Beisitzer gab seiner Ansicht über die Beamten dahin Ausdruck, daß er solchen Kriminalbeamten nicht in die Hände fallen möchte. Der Staatsanwalt beantragte die Verurteilung des Angeklagten zu 300 Mark Geldstrafe, während der Nebenkläger Sommerfeld eine Gefängnisstrafe am Platze erachtete. Das Gericht erkannte nach dem Antrage des Staatsanwalts. Das Gericht nahm in seinem Urteil Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Zeugen, besonders Tomaczewski, mit der Wahrheit zurückgehalten hätten, um den Stadtrat Oswald Lepke zu schützen.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 19. Febr. **(Verschiedenes.)** Die Verbindung mit Ostpreußen für gewöhnliche und Wertpakete ist nach teilweiser Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs vorläufig unsicher. Die Reichs-Postverwaltung hat als Aushilfsmittel zwar auch einige Schiffe zur Beförderung von Paketen nach Ostpreußen auf dem Wege über die Ostsee herangezogen, doch stehen auf den Schiffen nur beschränkte Laderäume zur Verfügung, die nur einen Teil der Paketmassen aufnehmen können. Deshalb wird dem Publikum geraten, in nächster Zeit möglichst von der Auflieferung der in Betracht kommenden Pakete abzusehen, die Annahme kann nur auf Gefahr des Absenders geschehen. Nach Freistaat Danzig werden gewöhnliche und Wertpakete vorläufig nicht angenommen. Es besteht die Hoffnung, daß die Verkehrsbeschränkung nur von kurzer Dauer sein wird.

Der Verband der Kommunalbeamten von Westfalen hat in seiner am 14. Februar 1920 in Dortmund stattgefundenen Tagung einstimmig folgende Entschließung angenommen: „Die heute versammelten Vorstände sämtlicher westfälischer Verbände der Kommunalbeamten und -angestellten verlangen Erhaltung und Schutz des einzig in der Welt dastehenden Deutschen Berufsbeamtentums. Die Anstellung als Kommunalbeamter darf erst nach einer angemessenen fachlichen Durchbildung — entsprechend den vom Zentralverbande der Kommunalbeamten und -angestellten Preußens aufgestellten Grundsätzen — erfolgen. Das gilt auch von der Besetzung der leitenden Stellen. Gegen die Einschiebung von Nichtfachleuten nach parteipolitischen Grundsätzen wird entschiedenster Widerspruch erhoben. Es wird eintretendenfalls Sache der Beamtenorganisationen sein, sich derartigen Bestrebungen mit ihrem ganzen Einfluß entgegenzustellen."

(Schont die Kätzchen!) Die Natur erwacht. Am Haselnußstrauch und an den Weiden zeigen sich die Kätzchen. Sie sind die Spender der ersten Nahrung für die Bienen, die auf den Blütenstaub angewiesen sind. Es gewährt einen prächtigen Anblick, das Leben und Treiben auf einem blühenden Weidenbaum zu sehen. Das bringt Segen in den Bienenstand. Wem der Wert der Kätzchen für die heimische Bienenzucht noch nicht bekannt ist, dem sei gesagt, daß das sinnlose Abreißen der Kätzchen ein schwerer Raub an der heimischen Bienenzucht ist, der sich später am Honigertrag rächt.

(Kriegshinterbliebenen- und Angestelltenversicherung.) Während bis zu Beginn des Jahres 1918 Hinterbliebenen der nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte versicherten Kriegsteilnehmer die Versicherung nur insofern zugute kam, als sie sich die Hälfte der eingezahlten Beiträge zurückerstatten lassen konnten, ist für die Hinterbliebenen der nach dem 1. Januar 1918 verstorbenen Kriegsteilnehmer auch die Möglichkeit einer laufenden Witwen- und Waisenrente gegeben. Voraussetzung ist, daß der Ehemann vom 1. Januar 1913 bis zum 31. Dezember 1917 ohne Unterbrechung versichert gewesen ist; dabei werden die im Heeresdienst verbrachten Monate als volle Beitragsmonate angerechnet. Allerdings konnten die im ersten Jahre zur Auszahlung gelangten Renten den eingezahlten Beiträgen entsprechend nur niedrig sein: Die Witwenrente beträgt nach fünfjähriger Beitragsleistung des Versicherten im Höchstfalle, d. h. wenn der Versicherte den Höchstbeitrag von 16,60 Mark monatlich zu leisten hatte, 159,60 Mk., die Waisenrente 79,80 Mk. jährlich. Alle Anträge auf Witwen- und Waisenrente nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte sind an den Rentenausschuß der Reichsversicherungs-Anstalt Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 193—195, zu richten.

(Die Ueberschreitung der Jagderlaubnis ist strafbar.) Ein Grundbesitzer hatte von Jagdpächtern die Erlaubnis erhalten, auf ihrer Jagd einen Rehbock zu schießen, jedoch mit der Verpflichtung, daß er ihnen die Jagdbeute abliefere; für sich selbst durfte er nichts erlegen. Eines Abends schoß er eine Ricke und verbrauchte das Wildbret in seinem Haushalt, den Jagdpächtern verschwieg er den Vorfall. Diese erfuhren trotzdem davon und erstatteten gegen ihn Strafanzeige. Er ist wegen Wilddiebstahls verurteilt, seine Revision vom Reichsgericht verworfen worden. Seine Jagderlaubnis war beschränkt. Er hatte sie überschritten; soweit die Ueberschreitung reichte, war seine Jagdausübung unbefugt und deshalb ein Jagdvergehen. — In einem anderen Falle hatte der Jagdpächter einem Bekannten gestattet, ohne sein Beisein zu jagen, dieser hatte aber noch andere Personen ohne Wissen des Jagdpächters hinzugezogen und mit ihnen zusammen die Jagd ausgeübt. Sämtliche wurden wegen gemeinschaftlicher unbefugter Jagdausübung bestraft. Der Bekannte hatte die Grenzen der ihm gegebenen Erlaubnis überschritten und mit seinen Genossen das Jagdrecht des Jagdpächters verletzt.

(g) **Affeide**, 19. Febr. **Eingebrochen** wurde in der Nacht vom 16. zum 17. d. Mts. in die Stallungen des Landwirts Oberbeck hierselbst und von den Dieben 39 weiße und rebhuhnfarbige Hühner (Italiener) mitgenommen.

Dortmund, 18. Febr. **(Schwurgericht.)** Die tumultuarischen Vorgänge in Ickern am 19. Februar v. J. wurde in der gestrigen Schwurgerichtsverhandlung erneut erörtert. Auf der Anklagebank erschien, wegen schweren Landfriedensbruchs angeklagt, die Ehefrau Aloysia Vodisek aus Ickern. Die Angeschuldigte ist am 9. Mai 1888 in Niederösterreich geboren, noch nicht vorbestraft; sie wohnt mit ihrem Manne seit 7 Jahren in Ickern. Die Anklage lautete erst auf einfachen Landfriedensbruch, so daß die Strafkammer zu entscheiden hatte. Diese kam aber zu der Annahme, es handle sich um schweren Landfriedensbruch, sie erklärte sich für unzuständig und verwies die Sache an das Schwurgericht. Nach vierstündiger Dauer wurde die Verhandlung vertagt, da noch eine Zeugin herbeigeschafft werden soll, die angeblich bekunden kann, daß die Angeklagte sich nicht auf den Zechenplatz begeben hat.

(s) **Lichtendorf**, 17. Febr. **(Scheunenfeuer.)** In den Sonntag-Nachmittagsstunden entstand in einer Scheune des Gutsbesitzers Wortmann Feuer, welches in dem mit Stroh und Getreide gefüllten Gebäude reiche Nahrung fand. Trotz des schnellen und tatkräftigen Eingreifens der Feuerwehr ist die Scheune samt dem jetzt doppelt kostbaren Inhalt vollständig ein Raub der Flammen geworden; auch eine angebaute Remise ist vom Feuer zerstört worden.

** **Westhofen**, 18. Febr. **(Motorendiebstahl.)** In der Nacht zum Sonntag wurde in die elektrische Werkstatt der Fabrik von Borggräfe eingebrochen und drei Elektro-Motore aus derselben gestohlen.

Hörde, 19. Febr. **(Eine gemeingefährliche Einbrecherbande von der hiesigen Kriminalpolizei festgenommen.)** Zu dem bereits gemeldeten Einbruchsdiebstahl zum Nachteil des Konsumvereins „Eintracht", Schildstraße, welcher in der Nacht zum Samstag ausgeführt wurde, wird noch mitgeteilt, daß die Arbeiter Alfred Neubauer, Neuer Markt 4, Wilhelm Otting, Wellinghoferheide, und Hermann Wölk aus Holtbrügge als Täter in Frage kommen. Die Täter beschmutzten den Tatort nach Ausführung des Diebstahls in gemeinster Weise. Sämtliche sind geständig. Wölk und Otting haben ferner in Begleitung des Bergmanns Sattler, Langestraße, vor einigen Tagen in der hiesigen Synagoge durch Einbruch einen Kirchenraub ausgeführt, wobei ihnen u. a. für mehrere tausend Mark Silbersachen in die Hände fielen. Als dritter Einbruch wird dem Wölk und Neubauer zur Last gelegt, in Begleitung des Schuhmachers Fröhlich, Aplerbeck, am 31. Dez. 1919 aus dem Schaufenster des Uhrmachers Hübler, Hermannstraße, durch Zertrümmern der Scheibe eine größere Anzahl Goldmünzen entwendet zu haben. Auch den Einbruchsdiebstahl im Konsumverein Eintracht in Berghofen Anfang Januar dieses Jahres führten Wölk und Neubauer aus, wobei ihnen eine größere Menge Waren in die Hände fielen. In diesem Falle war der bekannte Fritz Osthoff, Wellinghoferheide, der Mittäter. O. befindet sich bereits wegen einer anderen strafbaren Handlung im Gefängnis. Endlich ist Neubauer geständig, in Begleitung des ebenfalls festgenommenen Arbeiters Korielka, Neuer Markt 4, und zwei weiterer Komplizen, die in Dortmund festgenommen wurden, durch Einbruch einem Arbeiter Schulz in Dortmund mehrere Uhren, Bekleidungsstücke und Geld entwendet zu haben. Sämtliche Beschuldigten wurden dem hiesigen Amtsgericht zugeführt.

* **Menden**, 18. Febr. **(Die Diebesbeute im „Henkelmann".)** Acht Iserlohner Arbeitern der Firma F. und G. Schmöle wurden beim Verlassen der Arbeitsstätte die mit Kupferblöcken gefüllten Henkeltöpfe abgenommen. Die Metalldiebe kamen in Haft.

! **Hagen**, 18. Febr. **Ein Abschnitt aus** einem **Abenteurerleben** wurde, wie das „Westf. Tgbl." meldet, vor der hiesigen Strafkammer aufgerollt. Der aus Duisburg stammende Wilhelm H., ein Sohn aus achtbarem Hause, hat schon seit dem Jahre 1912 alle möglichen Unregelmäßigkeiten verübt, um seinen kostspieligen Gewohnheiten nachkommen zu können. Vor zwei Jahren lernte er in Bad Salzuflen eine Ehefrau Harold W. kennen, die Gattin eines in Köln ansässigen Engländers. Es entspann sich zwischen den beiden ein intimes Verhältnis, das während des Aufenthaltes der beiden im Bade andauerte. Später suchte H. die Frau W. in Köln einmal auf. Man unterhielt sich einen Tag gut und schließlich erzählte der G. seiner Dame vielerlei von seinen Nöten. Er sei Schiebern in die Hände gefallen, habe große Verluste erlitten usw. Er bat zuletzt die Frau W., ihm doch die Kleidungsstücke usw. ihres in England weilenden Gatten zu verkaufen. Nach anfänglichem Widerstreben gab sie ihm Mantel und Frack. H. gab ihr einen Wechsel über 1850 Mark und bekam dann noch 1500 Mark bar heraus. Den Wechsel mußte Frau H. später selbst einlösen, denn H. ließ sich bei ihr nicht mehr sehen. Erreichen konnte sie ihn auch nicht, da er ihr einen falschen Namen angegeben hatte. H. hat dann eine Tochter aus vermögendem Hause in Hannover um 4000 Mark betrogen, dessentwegen er zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt worden ist. Schließlich gelangte H. auch nach Hagen und wußte hier einen Schneidermeister um mehrere hundert Mark zu bringen. Er erzählte ihm die alte Geschichte, daß er Lebensmittel besorgen könne, da er Einkäufer für Zechen und Kommunen sei. Zur Sicherheit ließ er einen gefälschten Wechsel auf den Namen der Dame in Köln zurück. Das Mißtrauen des Hagener Geschäftsmannes wußte er durch ein packend gewandtes Auftreten zu zerstreuen. Als H. sich nicht wieder in Hagen sehen ließ, begab sich der Schneidermeister mit seiner Tochter zu Frau W. in Köln und mußte dort natürlich erfahren, daß er das Opfer eines Schwindlers geworden war. H. hat sich unter verschiedenen Namen herumgetrieben. Um den letzten der angenommenen falschen Namen unterlegen zu können, beschaffte er sich in Dortmund auf unredliche Weise einen fremden Militärpaß. — Die Strafkammer in Hagen sprach ihn des schweren Betruges im Rückfalle schuldig, nahm jedoch mildernde Umstände an und verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr. Der Staatsanwalt hatte eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr 3 Monaten sowie 1000 Mark Geldstrafe beantragt. In der Begründung des Urteils über den ja nur zur Verhandlung stehenden Hagener Fall wurde auch angegeben, daß der Betrogene hier es seinem Betrüger ungebührlich leicht gemacht habe.

(g) **Münster**, 11. Febr. **Einbrecher** stahlen aus der Garage der hier untergebrachten Entente-Mission sämtliche Gummireifen im Werte von 30 000 Mk.

(?) **Siegen**, 12. Febr. **(Die richtige Antwort.)** Ein größeres Siegerländer Werk erhielt dieser Tage von einer bedeutenden Londoner Firma einen größeren Auftrag zur baldigen Lieferung, dessen Ausführung die Firma ablehnte und der Auftraggeberin wie folgt schrieb: „Solange die Entente an der unberechtigten Forderung auf Auslieferung unserer bewährten Heerführer usw. festhält, kann von einer Anbahnung des geschäftlichen Verkehrs keine Rede sein."

Bochum, 19. Febr. Der Terrorismus, der hier bei Beratung des Fabrikantenausschusses über neue Lohnforderungen der Arbeiter kürzlich angewandt wurde, dürfte seinesgleichen noch nicht gehabt haben. Den Arbeiterkundgebungen wurde eine rote Fahne vorangetragen, und acht- bis zehntausend Menschen belagerten das Haus des Fabrikantenvereins, in dem der Fabrikantenausschuß tagte. Drei Abordnungen drangen in die Sitzung; die erste verlangte Bewilligung aller Forderungen in zwei Stunden, die zweite in einer Stunde, die letzte in fünf Minuten. Sie sagten dabei, daß man die Massen nicht länger mehr in der Hand habe; wenn nicht sofort unterschrieben würde, wisse man nicht, was geschehen würde. Draußen wurden unterdes aufreizende Reden gehalten. Bei der Gefahr, in der der Fabrikantenausschuß schwebte, wurden die Forderungen von ihm schließlich zugestanden. Der Reichskommissar Severing hat jetzt das Uebereinkommen für null und nichtig erklärt. Die Zugeständnisse seien erzwungen, und ihr Zustandekommen verstieße gegen Treu und Glauben. Von den Vertretern der Fabrikanten wurden andererseits Vorschläge gemacht, denen aber die Arbeitervertreter nicht zustimmten, und da die Fabrikanten weitere Verhandlungen für zwecklos hielten, wurden sie abgebrochen. Reichskommissar Severing soll jetzt einen Schiedsspruch fällen, dem sich beide Parteien unterwerfen wollen.

? **Remscheid** 12. Februar. **Ein aufsehenerregender Vorfall** trug sich am Sonntag vormittag in der Lennepestraße zu. Im Kraftwagen erschienen Reichswehrtruppen unter der Führung eines Offiziers, umzingelten das Haus Nr. 78. Eine Wache der Truppen mit dem Offizier drang in das Innere ein und hob eine in der Wohnung des Schlossergehilfen Loose tagende Versammlung spartakistischer Vertrauensleute aus. Die Teilnehmer, etwa 12 bis 15 Personen, wurden festgenommen und in einem Kraftwagen fortgefahren. Eine große Menge Schriftstücke verfiel der Beschlagnahme.

** **Wesel**, 12. Febr. **Das außerordentliche Kriegsgericht** verurteilte wegen Totschlags, begangen im Verlaufe der Unruhen in Hamborn, den Bergmann Josef Havas aus Hamborn zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust; die Ehefrau Wenczek erhielt wegen Beteiligung an den Hamborner Plünderungen 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Insgesamt sind bisher 285 Personen, die sich an den Hamborner Plünderungen beteiligt hatten, verurteilt worden.

** **Neuwied**, 12. Febr. **Die amtliche Schätzung der Hochwasserschäden** in Neuwied hat bisher 7—8 Millionen Mark ergeben. Der Schaden im ganzen rheinischen Ueberschwemmungsgebiet beläuft sich nach Schätzungen der zuständigen Stellen auf 120 Millionen Mark. Der Regierungspräsident von Koblenz hat dem Kreise Neuwied zur Linderung der größten Not 60 000 Mark überwiesen.

Fortschritte der drahtlosen Telephonie in Deutschland.

Das Reichspostministerium hat gemeinschaftlich mit der Firma C. Lorenz A.-G. auf einer Versuchsstrecke Berlin—Konstanz Versuche mit drahtloser Telephonie angestellt, die ein zufriedenstellendes Ergebnis hatten. Eine sofortige Einführung der drahtlosen Telephonie für die Allgemeinheit ist jedoch gegenwärtig noch nicht angängig, da noch technische Einzelheiten durchzubilden sind, und das Ganze erst für eine allgemeine praktische Verwendung brauchbar zu machen ist. Das gilt aber auch für die öfter auftauchenden Nachrichten des Auslandes über ähnliche funktechnische Fortschritte, z. B. für den letzterdings in einzelnen deutschen Zeitungen wieder mitgeteilten angeblichen drahtlosen Fernsprechverkehr Irland—Amerika. Derartige ausländische Nachrichten gehen schon seit mehreren Jahren durch die Presse und erscheinen — zur Reklame der ausländischen Funkunternehmungen — von Zeit zu Zeit wieder. So hieß es auch schon wiederholt in den letzten Jahren, die englische Marconi-Gesellschaft habe einen drahtlosen telephonischen Verkehr eingerichtet, so z. B. von und nach Schiffen und dergl. — Wie durch zuverlässige, inzwischen aus dem Auslande gekommene Zeugen und Nachrichten festgestellt ist, hat es sich dabei immer auch nur um gewisse Versuche gehandelt, aus denen auch im Ausland ein allgemeiner Verkehr noch nicht entwickelt worden ist. Jedenfalls hat kein anderes Land gegenüber Deutschland auf funktechnischem Gebiet irgendwelche Vorsprünge, im Gegenteil ist Deutschland in verschiedener Beziehung voran.

Internationalisierung des Bosporus.

(TU) **Basel**, 18. Febr. Wie aus London gemeldet wird, hat der Oberste Rat beschlossen, nicht nur die Dardanellen, sondern auch den Bosporus zu internationalisieren. Montag nachmittag wurde Venizelos vom Obersten Rat über die griechischen Ansprüche in Thrazien gehört.

Fallen der Lebensmittelpreise in Amerika.

(TU) **Newyork**, 18. Februar. Journal of Commers verzeichnet ein Fallen der Lebensmittelpreise. Das Blatt schreibt den Preisrückgang der Valuta zu.

*

— **Schwindelhafte Zigarettenauktion.** Vor einiger Zeit tauchte in Bremen ein Walter Renner auf, der unter der Firma „Reichs-Militär-Kantinen-Depot" ein Geschäft eröffnete. Durch Drucksache lud er Tabak- und Zigarrenhändler zu einer Zigaretten-Auktion aus Heeresbeständen ein. Es wurden ihnen dann Zigarettenproben im Preise von 10 bis 18 Pfg. vorgelegt. Auf dieses vorteilhafte Angebot fielen zahlreiche angesehene Firmen hinein, manche zahlten sofort den Betrag für größere Aufträge, so eine Firma 32 000 Mark, eine andere 70 000 Mark. Zwei Tage darauf wollte er denselben Schwindel mit Wollwaren und Wäscheartikeln machen. Eine Firma schöpfte aber Verdacht und verständigte die Polizei. Als diese Ermittlungen anstellte, hatte sich der Schwindler bereits aus dem Staube gemacht.

— **Zwei Elbkähne mit Zucker abgefaßt.** Einen guten Fang machte ein Patrouillenboot der Reichswasserwehr auf der Elbe bei Lenzen. Das Boot hatte eine Havarie am Steuerrad erlitten. Bei seinem erzwungenen Aufenthalt entdeckte die Besatzung, bestehend aus Marineangehörigen und Kriminalbeamten, zwei Elbkähne voll mit Zucker beladen, der in Lenzen verschoben werden sollte. Die einen Millionenwert darstellende Ladung wurde beschlagnahmt und die Reichszuckerstelle von der wertvollen Beute benachrichtigt.

— **Bei seinen Eltern eingebrochen.** Die Berliner Kriminalpolizei sucht den 18jährigen Lehrling Gerhard Hartmann aus Breslau. Der Bursche hat bei seinen eigenen Eltern einen Einbruch verübt. Er hat für 20 000 Mark Schmuck- und Wertsachen gestohlen. Außerdem hat er Wäsche und Pelze mitgenommen. Der beraubte Vater hat für die Wiederbeschaffung der Beute eine Belohnung von 10 Prozent des Wertes eingesetzt. Der mißratene Sohn hat sich nach Berlin gewandt.

— **Auf der Hochzeitsreise von der Untergrundbahn getötet.** Der Buchhändler Marksheffel aus Langensalza befand sich auf der Hochzeitsreise in Berlin. Als er die Untergrundbahn besteigen wollte, um nach dem Westen zu fahren, wurde er von der nachdrängenden Menge unter die Räder des Zuges gestoßen und überfahren. Seine Frau stand auf dem Bahnsteig und erfuhr erst von dem Unglück, als man die Leiche vorbeitrug.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 19. Febr. **Unterhaltungsnachmittag** des Kamener Musikvereins. Am Sonntag, den 22. d. Mts., nachmittags 4 Uhr beginnend, veranstaltet der Kamener Musikverein im Saale des Herrn Bergheim einen Unterhaltungsnachmittag, bestehend aus musikalisch-theatralischen Vorträgen. Zur Aufführung gelangt zuerst das Lustspiel: „Ein Hauslehrer gesucht". Weiter folgen hübsche Singspiele: „Die Kaffeetanten von anno dazumal" mit Tanz. — „Ein Backfischstreich", komisches Terzett. — „In der Tanzstunde". Singspiel mit Tanz. — „Die vier Gefshas", Singspiel in Nationaltracht mit Tanz. Die hübschen Tänze sind von Herrn Tanzlehrer O. Büscher hier einstudiert worden. Man wird sehr bemüht sein, mit den Darbietungen bei gemütlichem Kaffeetrinken etc. Auge und Ohr der Zuschauer zu erfreuen, weshalb herzlich dazu eingeladen wird. Vielleicht empfiehlt es sich, da die Zeitdauer wegen des mehrfachen Umkleidens der Mitwirkenden nicht genau bestimmt werden kann, bei etwaiger längerer Dauer für den Abend etwas Mundvorrat mitzubringen.

Redaktions-Briefkasten.

1001 B. B. in Kamen. Wenn ein Witwer einen Sohn, eine Witwe eine Tochter in die neue Ehe einbringt, so können diese Kinder die Ehe mit einander eingehen.

F. in Bergkamen. Die Einreise nach Elsaß-Lothringen stößt auf große Schwierigkeiten, sie wird nur in ganz dringenden Fällen erteilt. Setzen Sie sich mit dem Reichswanderungsamt, Berlin, Wilhelmstr. 71, in Verbindung, das über alle Einreisefragen zuverlässig unterrichtet ist. Die Auskunft erfolgt kostenlos.

M. B. in Kaiseran. Wenn Ihnen die Gemeinde keine andere Wohnung nachweisen kann, sind Sie zur Räumung nicht verpflichtet. Machen Sie sich keine Sorgen.

M. H. 100 in Oberberge. 1. Sie sind verpflichtet, die Ihnen vom Wohnungs- oder vom Mieteinigungsamt zugewiesene Wohnung zu nehmen. Im Falle Ihrer Weigerung müssen Sie auch die Folgen tragen. — Die um 100% erhöhten Fahrpreise treten am 1. März in Kraft. Sie müssen sich auf dem nächsten Stationsbüro nach den Preisen erkundigen.

M. Sch., Wasserkurl. Es ist nicht Ihre Schuld, wenn die Angelegenheit verschleppt worden ist. Sind die Glaspreise inzwischen gestiegen, so muß der Händler eben einen erhöhten Preis für das Ersatzglas zahlen. Lehnen Sie also die Zahlung der Restsumme solange ab, bis Ihnen ein neuer Spiegel geliefert oder der seiner Zeit gelieferte mit neuem Glas versehen ist.

Gesundheit und Freiheit sind die lockenden Ziele, die Fridtjof Nansen in seinem soeben bei Brockhaus in Leipzig erscheinenden Buch „Freiluftleben" (geb. 9 Mk.) der am Kriege leidenden gesamten Menschheit, vor allem aber den in den Fesseln des „Friedens" schmachtenden Deutschen zeigt, nicht wie so viele Weltverbesserer, als trügerische Fata Morgana, sondern greifbar nahe. Nansen, der Mann der Tat, der zähen Energie, der Sieger über die feindlichen Gewalten des Polareises, weist uns den sicheren Weg. Er ist ein Führer, dem sich jeder mit Freuden anvertraut, an der Hand prächtiger Reiseschilderungen, in denen Nansen als Meister bekannt ist. Das Herz geht einem auf, wenn man sich mit Nansen in den schneebedeckten Bergen seiner nordischen Heimat herumtreibt unter den Kerngestalten dieser Bauern, die, gestählt im Kampfe mit einer kargen Natur, ihre Freiheit und Gesundheit nicht tauschen wollen mit dem üppigen Luxus dort unten in den engen Städten der Ebene. „Los von der modernen Kulturlüge! Zurück zur Natur!" ist die Forderung, die Nansen mit zwingender Notwendigkeit erhebt. Durch die sieben Abschnitte des Buches gewinnt der Leser auch einen tiefen, erquickenden Einblick in das warmfühlende Herz dieses Nordlandsrecken, und der köstliche Humor, der die Jagdgeschichten durchweht, macht uns ihn vollends zum Freund. Auch Exemplare der auch in unsern Alpen vorkommenden „Familie Ekel" treten auf; sie sind ebenso erheiternd als abschreckend. Das „Kistenleben" der Städter, das uns Nansen mit derben Strichen malt, ist eine köstliche Persiflage auf die vor dem Kriege so viel gerühmte moderne Kultur. Die Menschen, die wir an den Grenzen des Lebens, hoch oben in den Bergen und am Rande des Polareises, kennen lernen, sind vielleicht arme Teufel, aber es sind zufriedene, ganze Männer, die sich ihres Wertes bewußt sind. Das schmucke Buch, dem der berühmte Forscher ein besonderes, beachtenswertes Vorwort „An den deutschen Leser" auf den Weg gegeben hat, ist ein Labsal für jeden, der aus der heutigen Enge hinausstrebt und Herz und Sinn freimachen will. Mag sein, daß in Deutschland da und dort im einzelnen Widerspruch laut werden wird, das darf unsern Dank an Nansen nicht schmälern, und vor allem die Jugend wird das Werk mit Begeisterung aufnehmen.

Rolf, Wilhelm Hermann

Die Geburt eines prächtigen

Stammhalters

zeigen hocherfreut an

Wilh. Schenkmann u. Frau
Lene geb. Ebbinghaus.

Barmen, den 14. Februar 1920.
Klingelhollstr. 55. 642

Für Schneider u. Private!

Grosse Auswahl in

Anzug- und Hosenstoffen

Keine Kriegsware! Gute reinwollene Qualitäten! Moderne Farben, zu vorteilhaften Preisen. 619

Etagengeschäft

Rosenbaum,
Massenerstr. 6, III. Etg.
Im Hause Emil Marcus, Privateingang.
1 Minute von der Endstation der elektr. Bahn Unna-Kamen. Fernruf 676.
Kein Laden. Kein Laden.

Handwerker

Spul- und Madenwürmer werden schmerz- und gefahrlos in 2 Stunden entfernt. Keine Hungerkur — Prospekt gratis. — 140

Niewels Naturheilinstitut,
Dortmund, Liebfrauenstraße Nr. 20.

Fr. Brinkmann

begl. Vertreter von
Pastor Felkes Heilweise
Unna, Bahnhofstraße 49
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 9 bis 6 Uhr. 137

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 1 der Betriebsordnung für den städtischen Schlachthof Kamen werden die Dienststunden des Schlachthofdirektors dahin abgeändert, daß sie bis auf weiteres in die Zeit von 8—12 Uhr vormittags fallen. An den Hauptschlachttagen (Mittwoch und Donnerstag) bleiben die Dienststunden unverändert wie bisher. 646

Kamen, den 11. Februar 1920.

Der Magistrat: Dr. Wiesner.

Der Herr Regierungspräsident hat auf Grund der ihm seitens des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt durch Erlaß vom 5. November 1919 St. 4 4876 und vom 5. Dezember 1918 St. 4 4323 erteilten Vollmacht durch Verfügung vom 7. Februar 1920 I 4 Nr. 289 dem Magistrat der Stadt Kamen gemäß § 9 der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 23. September 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 1143 ff.) in Verbindung mit § 5a der Mieterschutzverordnung vom 22. Juni 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 591 f) im Namen des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt die Ermächtigung erteilt zu folgender

Anordnung,

die hiermit erlassen wird:

Alle Hausbesitzer bezw. ihre Stellvertreter haben jede Wohnung innerhalb 3 Tagen, nachdem sie gekündigt ist oder feststeht, daß sie aus einem sonstigen Grunde zu einem bestimmten Termine von dem bisherigen Wohnungsinhaber verlassen wird, dem Wohnungsamte anzuzeigen.

Bis zum 15. Juli 1920 darf der Verfügungsberechtigte über die Wohnräume vorstehend bezeichneter Art erst verfügen, nachdem der Magistrat erklärt hat, daß er einen Wohnungssuchenden gemäß § 4 der Wohnungsmangelverordnung für die Wohnung dem Vermieter nicht zuweisen will oder eine Woche seit erfolgter Anzeige verstrichen ist, ohne daß der Magistrat sich erklärt hat. Dieser Vorschrift zuwider abgeschlossene Mietverträge sind rechtsungültig. Vermieter, die dieser Vorschrift zuwiderhandeln, unterliegen der im § 10 der Wohnungsmangelverordnung festgesetzten Strafe.

Vermieter von Wohn- und Geschäftsräumen, Büros, Läden und Werkstätten können einen Mietvertrag sowohl mit neuen Mietern als auch mit alten, soweit mit diesen eine Preissteigerung vereinbart wurde, rechtswirksam nur mit Zustimmung des Magistrats (Wohnungsnachweis) eingehen. Die Zustimmung kann nur aus Gründen versagt werden, welche in den Bestimmungen des Mietvertrages liegen, nicht aus dem Grunde, um den Zuzug zu verhindern. Die Gründe der Versagung der Zustimmung sind den Parteien mitzuteilen. Im Falle der Versagung der Zustimmung ist die Beschwerde an das Mieteinigungsamt binnen einer Woche zulässig. 634

Kamen, den 16. Februar 1920.

Der Magistrat: gez. Dr. Wiesner.



Die mit Tränen säen,
Ernten einst mit Freuden.

Heute nachmittag 2½ Uhr entschlief sanft im festen Glauben an ihren Heiland und Erlöser im fast vollendeten 75. Lebensjahre unsere liebe, gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter,

Ww. Wilhelmine Gudschus

geb. Walitzkus.

Dieses zeigen an mit der Bitte um stille Teilnahme:

Familie Gudschus
Familie Bittokeleit.

Kamen, Bielefeld, Duisburg, Lehe, Witten, Osterfeld, Insterburg und Tilsit, den 17. Februar 1920.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. Februar, nachm. 4 Uhr, vom Sterbehause, Kirchstr. 1, aus statt. 643



In der Frühe des 16. Februar starb unser allbeliebter Sangesbruder und zweiter Vorsitzender

Herr Gustav Kemmer

Seine Treue und Hingabe an den Verein werden wir ihm stets danken und sein Gedächtnis allzeit ehren. 644

M. G. V. „Einigkeit", Kamen.

Grabdenkmäler, Kriegergedenksteine
in Granit, Marmor und Sandstein. 111
Otto Böddecker, Unna.

Gemüse- und Blumensamen
empfiehlt
Ernst von der Heide, Gärtner,
Kamen, Westentor.

Stelle zu Ostern einen 594
Lehrling ein.

Feld- und Gartensämereien
empfiehlt
W. Nielinger, Oberaden.

Die auf **Rotklee, Grassamen** und **Runkelsamen** reflektieren, wollen sich bei mir melden. 579

Bekanntmachung

betr. Zuschläge zur Grunderwerbssteuer.

Die städtischen Behörden haben am 20. bezw. 29. Dezember 1919 bezw. 12. Januar 1920 beschlossen, daß ihre Beschlüsse vom 10. bezw. 18. November 1919, betr. Erhebung eines Zuschlages zu der Grunderwerbssteuer von zwei Drittel vom Hundert des Wertes oder Betrages rückwirkende Kraft bis zum 1. Oktober 1919 haben, sodaß die betr. Zuschläge rückwirkend alle seit dem 1. Oktober 1919 eingetretenen grunderwerbssteuerpflichtigen Rechtsvorgänge erfassen.

Die erstgenannten Beschlüsse stützen sich auf den Erlaß des Herrn Ministers des Innern vom 5. Dezember 1919 — Ie 2094 — Fin.-Min. II 2888 — und sind genehmigt worden durch folgende Verfügung:

Arnsberg, den 5. Februar 1920.

Der Regierungs-Präsident.

I 23 Nr. 164.

Den Beschluß des Magistrats vom 12. Januar d. Js. betreffend Erhebung eines Zuschlages zur Grunderwerbssteuer habe ich genehmigt. 654

Im Auftrage: gez. Fulda.

An den Magistrat in Kamen

Kamen, den 14. Februar 1920.

Der Magistrat: gez. Dr. Wiesner.

Bettnässen ist jetzt durch ein sicher wirkendes Mittel heilbar. Prospekt umsonst. 131
G. Stackemann, Langendel, Bremen.

Subin 139
Ein bewährtes Vorbeugungsmittel für Schweine gegen Lahmheit, Steifheit u. Knochenweiche ist Subin. Pr. à Paket 3 Mk. Niederl. in Kamen u. Bramen Drogerie von H. Jacobi.

Gelbe Steckrüben
hat wieder vorrätig ab
Wilh. Neff,
Bahnhofstr. 23, Tel. 122.

Obstbäume u. Weissdorn
gesunde, kräftige Ware,
sowie alle
Gartensämereien
empfiehlt ess
Gärtnerei Hölter,
Niederaden.

Achtung, Landwirte
Habe gute
Kaffkörbe
auf Lager. 622
Demand,
Kämerstraße 11.

---

10 junge Legehühner, 1 gut erh. 2zöllig. Kastenwagen und mehrere gut erhaltene Dachpfannen zu verkaufen. 625
Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Heimat-Museum Kamen.

Wir haben beschlossen, eine öffentliche Sammelstelle für historisch, künstlerisch oder kunstgewerblich bemerkenswerte Gegenstände, die zu der Stadt Kamen nebst Umgegend und ihrer Geschichte in Beziehung stehen, einzurichten und die Gegenstände grösseren Kreisen für die Forschung oder Nachbildung zugänglich zu machen.

Was wir wollen: Erweckung und Pflege der Liebe zur Heimat, die uns so dringend not tut. Wir wollen beitragen zum Aufbau unseres geliebten Vaterlandes und unserem schwer geprüften Volke helfen.

Wir ersuchen unsere Mitbürger, welche im Besitze geeigneter Gegenstände, wie Schriften, Bücher, Bilder, Münzen, Geräte aller Art, alter Möbel und Hausgeräte etc. sind und welche zugleich bereit sind, dies gemeinnützige Vorhaben durch schenkungs- oder leihweise Zuwendungen zu unterstützen, die Gegenstände im Verkehrsbüro bei Herrn Holtmann, oder beim unterzeichneten Vorsitzenden abzugeben oder anzumelden.

Eine Anzahl unserer Mitbürger hat dies bereits getan.

Ueber sämtliche Gegenstände wird Quittung ausgestellt, bei Wertgegenständen kann das Eigentumsrecht vorbehalten werden.

Die weitere Entwickelung und Organisation unseres Unternehmens wird von dem Maße der Beteiligung und des Wohlwollens abhängen, das ihm von der Bürgerschaft entgegengebracht wird.

Ueber den Ort der Ausstellung, Zeit und Bedingungen des Besuches behalten wir uns vor, weitere Bekanntmachungen zu erlassen. 639

Der Museums-Ausschuss:
I. A.: Hugo Müller.

Neue und gebrauchte
Pianos
Flügel
Harmoniums
sind noch in großer Auswahl vorrätig. Freie Lieferung auch zu bequemen Bedingungen 115
Roth & Junius
Piano- u. Flügelfabrik
Hagen W., Bahnhofstr. 29.
2. Fabrik Berlin S 42.
Gold. Ausstellungspreise. Staatsmedaille 14359

Achtung! 645
Maschinen-, Näh-, Reih- u. Handgarn
große u. kleine Rolle schwarz u. weiß sowie Leinenzwirn für Sattler und Schuster und einen Posten **Gummiband, Schuheisenen und Schuhcreme** gibt ab solange Vorrat
Theodor Weber,
Versandgeschäft Münster i. W., Hafenstr. 18, Seiteneingang. (Kein Laden.)

Neuer schwarzer Stoff
(für ein Kleid) zu verkaufen. 649
Zu erfr. in der Geschäftsst. d. Ztg.

---

1 Majolika-Herd
ist zu verkaufen.
Zu erfr. in der Geschäftsst. d. Zeit. 653

Eine tragende
Ziege
zu kaufen gesucht. 652
Clemens Demarczyk,
Westick,
Germaniastr. 35.

Wir suchen überall verkäufliche
Häuser
mit u. ohne Geschäft — **Villen, Fabriken, Höfe u. Landstellen** — zwecks Unterbringung an vorgemerkte Käufer. Sachkundige Beratung kostenlos. 619
C. H. Hülsse & Co., Hannover.

Für Oberaden
Zeitungsboten
sofort gesucht.
Kamener Zeitung,
Unnaerstraße 163

Zum 15. März oder 1. April ein
Mädchen
welches Haus und Gartenarbeit verrichtet gesucht.
635 **Markt 21.**

Beamter sucht zum 1. oder 15. März eine
Haushälterin
Schriftl. Angaben u. **Nr. 615** an die Geschäftsst. der Kamener Zeitung.

Ordentl. zuverlässiges
Mädchen
zum 1. März gesucht.
Frau Carl Wellhausen, Bergkamen, Restaurant zum Lindenhof.

Junger Mann sucht
Kost u. Logis.
Offerten an die Kamener Zeitung erbeten.

Anzeigen aller Art
inseriert man erfolgreich in der
Kamener Zeitung.

Herzenswunsch!
Junger Mann, 21 Jahre, evgl., 1,58 m gr., Bergmann, sucht, weil er das Alleinsein müde ist, auf diesem Wege die Bekanntschaft eines hübschen, netten Mädels von 18 bis 21 Jahren, zwecks späterer Heirat. (Selbiger ist Nichttänzer.) 648
Schriftl. Angeb. mit Bild, welches zurückgesandt wird, unt. **Nr. 648** an die Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Visitenkarten
in jeder Ausführung
liefert schnell und preiswert
Kamener Zeitung,
Weststrasse 10